

DIE BODENREFORM IN DER BRITISCHEN ZONE
1945-1949

SCHRIFTENREIHE
DER VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE
NUMMER 31

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte
herausgegeben von Hans Rothfels und Theodor Eschenburg
Redaktion: Wolfgang Benz und Hermann Graml

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTTGART

GÜNTER J. TRITTEL

DIE BODENREFORM
IN DER BRITISCHEN ZONE
1945-1949

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
STUTTGART

Meinen Eltern

Meiner Frau

© 1975 Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart. Umschlagentwurf:
Edgar Dambacher.

Satz und Druck: Druckerei Georg Appl, Wemding.

Printed in Germany. ISBN 3 421 01730 1

Inhalt

Vorwort	7
Einleitung	8
Tendenzen der alliierten Deutschlandpolitik	9
Die Bodenreform als Beitrag zur Potsdamer „Demokratisierungspolitik“	12
Die Sowjetische Besatzungszone	12
Die Amerikanische Besatzungszone	15
Die Französische Besatzungszone	17
Die Bodenreform in der Britischen Zone	19
1. Determinanten britischer Besatzungspolitik 1945/46	19
Die Lage 1945/46	20
Die ersten Maßnahmen im Agrarsektor	22
2. Die Bodenreformfrage vor dem Zonenbeirat 1946	25
Die Beratungen des „Sonderausschusses des Zonenbeirats für Agrarreform“ (2. Juli–17. September 1946)	29
Die Haltung der Parteien zur Bodenreform	31
Sonstige Stellungnahmen	47
Die Haltung des ZEL	48
Ergebnisse der Ausschuß-Beratungen	50
3. Weitere Diskussion und Vertagung der Bodenreform (Oktober 1946 bis April 1947)	52
Die britische Bodenreformweisung vom 28. 10. 1946	55
Das ZEL und der britische Auftrag vom 28. Oktober 1946	59
4. Die Bodenreform als Problem der zonalen Innenpolitik (Herbst 1946 bis April 1947)	62
Die Ausformung der Parteiprogrammatik in der Bodenreformfrage (Herbst 1946–Frühjahr 1947)	67
5. Das britische Rahmengesetz zur Bodenreform (März–September 1947)	73
Die Moskauer Außenministerkonferenz und ihre Auswirkungen auf die britische Besatzungspolitik	73
Der britische Bodenreform-Gesetzesentwurf	76
Die Beratung im Zonenbeirat	78
Die Diskussion im 2. Sonderausschuß für Agrarreform	81
Die Grundsatzklärungen der Parteien	82

Die übrigen bürgerlichen Parteien	88
Die Schlußdebatte des Zonenbeirates	90
Interessenverbände und Bodenreform	91
Der „Deutsche Bauernverband“	91
Die „Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation“	94
Die „Arbeitsgemeinschaft für Agrarfragen“	95
Der „Deutsche Gewerkschaftsbund“	96
Der Erlaß der Militärregierungs-Verordnung Nr. 103	100
 6. Die deutschen Bemühungen um eine bizonale Bodenreformregelung bzw. um eine zoneneinheitliche Durchführung des britischen Rahmen- gesetzes	 103
Die Bodenreform vor dem Wirtschaftsrat (September 1947)	104
Die Koordinierungsbemühungen der VELF	106
Die Koordinierungsbemühungen auf Länderebene	111
 7. Die Durchführungsgesetzgebung zur Verordnung Nr. 103 in den Län- dern der britischen Zone bis Ende 1947	 115
Schleswig-Holstein	116
Nordrhein-Westfalen	119
Niedersachsen	122
Der Stand der Bodenreformgesetzgebung bei Ablauf der Fristsetzung (Ende 1947)	125
 8. Der Abschluß der Gesetzgebung zur Durchführung der Verordnung Nr. 103 (1948/49)	 126
Schleswig-Holstein	126
Nordrhein-Westfalen	129
Niedersachsen	135
Zusammenfassung	162
 Ergebnisse	 168
 Abkürzungen	 175
 Quellen und Literatur	 177
 Personen- und Institutionenregister	 183

Vorwort

Der vorliegenden Arbeit liegt das Manuskript einer Dissertation mit dem Titel „Die Bodenreform in der Britischen Zone 1945–1949 unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung in Niedersachsen“ zugrunde, die im Juni 1974 von der Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften der TU Hannover angenommen wurde. Referenten des Promotionsverfahrens waren die Herren Prof. Dr. Wilhelm Treue und Prof. Dr. Jürgen Seifert. Herrn Prof. Treue ist der Verfasser zu besonderem Dank verpflichtet, da er nicht nur die Untersuchung angeregt, sondern diese auch stets geduldig und mit hilfreicher, wie freundlicher Kritik begleitet und gefördert hat.

Dank gilt auch dem Institut für Zeitgeschichte in München, das die Aufnahme der Arbeit in ihre Schriftenreihe ermöglicht hat. Für diesen Zweck ist das ursprüngliche Manuskript, besonders im einleitenden und abschließenden Teil, um rund ein Drittel gekürzt worden. Mehrere Kapitel wurden erheblich überarbeitet.

Bei der häufig sehr beschwerlichen Suche nach Quellenmaterial bin ich von fast allen Archiven, Behörden, Parteien, Verbänden und sonstigen Institutionen, an die ich mich wandte, in großzügiger und entgegenkommender Weise unterstützt worden. So gilt mein abschließender Dank den hilfreichen Damen und Herren im Bundesarchiv, im Niedersächsischen Staatsarchiv, im Niedersächsischen Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft, in der Wissenschaftlichen Abteilung des Deutschen Bundestages, in der Bibliothek des Niedersächsischen Landtags, in der Agrarsozialen Gesellschaft (Göttingen), in der Friedrich-Ebert-Stiftung (Bad Godesberg), in den Archiven der SPD (Bezirk Hannover) und CDU (Bonn, Köln, Hannover), beim Niedersächsischen Landvolk, schließlich auch Herrn Ulrich Enders, München, der mir für die Umarbeitung meiner Dissertation aufschlußreiche amerikanische Akten zugänglich machte.

Göttingen, im Juli 1975

Günter J. Trittel

Einleitung

Die Bodenreform in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, von den Alliierten zunächst einmütig als notwendiger Bestandteil einer Neuordnung der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft angesehen, ist bislang nur in begrenztem Maße Gegenstand der wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Forschung gewesen. Zwar wird die Bodenreform, die im Herbst 1945 in der sowjetisch besetzten Zone durchgeführt wurde, in allen Arbeiten zur „Vorgeschichte“ der DDR eingehend behandelt und als eine tief in die gesellschaftliche Struktur eingreifende Maßnahme gewürdigt. Hingegen werden die Reformpläne und -gesetze in den Westzonen selbst in einschlägigen Studien gar nicht oder nur am Rande erwähnt; Voraussetzungen, Inhalte und Wirkungen finden weder Darstellung noch Analyse¹.

Der Grund ist gewiß auch in der bisher recht ungünstigen Quellenlage zu suchen, vor allem aber wohl in der Tatsache, daß die westlichen Reformansätze in der agrarischen und gesellschaftlichen Struktur der Westzonen bzw. der Bundesrepublik kaum Spuren hinterlassen haben; sie galten lange Zeit als unergiebigere Forschungsgegenstand.

Unter dem noch immer erzwungenen Verzicht auf bestimmte Quellen² leidet naturgemäß auch die hier vorgelegte Untersuchung, die schon deshalb den Versuch unterlassen mußte, eine umfassende und abschließende Darstellung des Gesamtkomplexes Bodenreform zu geben, vielmehr auf die Erhellung der Vorgänge in der britischen Zone, vor allem in Niedersachsen, zu beschränken war³. Indes ging sie von der Annahme aus, daß eine Analyse der westlichen Reformpläne und der Auseinandersetzungen um die Ansätze zu ihrer Realisierung trotz der relativen Fol-

¹ Noch am umfassendsten behandelt sie unter politologischem Aspekt Hans-Hermann Hartwich, Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher status quo, Opladen 1970, S. 90 f., sowie in seinem agrargeschichtlichen Standardwerk Heinz Haushofer, Ideengeschichte der Agrarwirtschaft und Agrarpolitik im deutschen Sprachgebiet, München 1958, Band 2, S. 356. Am bemerkenswertesten ist der jüngste, wenngleich nur grob skizzierende Beitrag von Christoph Weisz, Organisation und Ideologie der Landwirtschaft 1945–1949, in: VfZG 21 (1973), S. 192 ff.

² So liegt zunächst an Quellen zur britischen Nachkriegspolitik in und gegenüber Deutschland nur das Material vor, das sich unmittelbar an deutsche Adressaten wandte oder amtlichen Charakter trug. Zur allgemeinen Forschungsproblematik dieses Zeitraums vgl. den Aufsatz von Ernst Deuerlein, Forschungsgrundlage und Forschungsproblematik 1945–1949, in: Politische Studien 22 (1971), S. 46 ff.

³ Neben den für dieses Thema relevanten Aktenbeständen des Niedersächsischen Staatsarchivs in Hannover und des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft konnten die einschlägigen Materialien des Bundesarchivs (Akten des ZEL und der VELF), sowie Teile der freilich sehr lückenhaften Parteiarchive (SPD in Godesberg, CDU in Bonn und Köln, DP in Hannover) eingesehen werden. Erweitert wurde die Quellengrundlage durch Auswertung von Memoiren, Zeitungen und Zeitschriften, sowie durch einige Interviews mit früheren Agrarexperten der Parteien (vgl. Quellen- u. Literaturverzeichnis).

genlosigkeit sehr wohl neue Erkenntnisse über die gesellschaftspolitische Entwicklung in den Westzonen zu liefern vermag, und zwar auch dann, wenn die Arbeit nur einer der drei Westzonen gelten kann. Diese Annahme hat sich durchaus bestätigt. So sind Konzeption und Praxis der britischen Besatzungspolitik wohl deutlicher geworden; in mancher Hinsicht konnte das bisher gewonnene Bild, da von einem vernachlässigten Teilbereich ausgegangen wurde, auch revidiert werden. Ferner gewährte die Analyse der Diskussionen um die Bodenreform, die 1946/47 für einige Monate das öffentliche Interesse fast beherrschten, wichtige Einblicke in die Entwicklung der Programmatik der deutschen Parteien und wesentliche Aufschlüsse über die politische Kräfteverteilung in den Westzonen. Schließlich fiel überdies neues Licht auf das Verhältnis zwischen den deutschen Ländern, auf die Beziehungen zwischen Ländern und zonalen Institutionen, auf die Interaktion zwischen Besatzungsmacht und deutschen Politikern.

Daß die Untersuchung auf die Zeitspanne zwischen 1945 und 1949 eingegrenzt wurde, ist vor allem durch den 1949 gegebenen Abschluß der deutschen Nachfolgegesetzgebung zu den britischen Reformverordnungen bedingt. Auf die – ohnehin geringen – siedlungspolitischen Auswirkungen der Bodenreformgesetze, deren Abwicklung bis weit in die sechziger Jahre dauerte und im Detail noch nicht exakt erfaßt werden kann, konnte nur noch hingewiesen, aber nicht mehr eingegangen werden. Diese Trennung ist auch deshalb zu rechtfertigen, weil unter *Bodenreform* ein Eingriff verstanden wird, der die agrarische Besitzstruktur aus politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gründen verändern will, unter *Siedlung* hingegen eine Politik, die wohl eine Vergrößerung der Landwirtschaft treibenden Bevölkerungsschicht und die Verbreiterung der landwirtschaftlichen Nutzfläche anstrebt, jedoch die bestehenden Besitzverhältnisse im wesentlichen unangetastet lassen will.

Tendenzen der alliierten Deutschlandpolitik

Während der Kriegsjahre, als die Koalition der Alliierten vor allem durch das Ziel der militärischen Niederwerfung Deutschlands zusammengehalten wurde, waren sich die Alliierten gleichwohl der Notwendigkeit bewußt, rechtzeitig Pläne für die politische Behandlung und Gestaltung Nachkriegsdeutschlands ausarbeiten zu müssen. Diese Aufgabe sollte von der European Advisory Commission, einem in London tagenden interalliierten Ausschuß, gelöst werden, jedoch brachte die EAC lediglich einige vage Formeln zustande, die von der Forderung nach Ausrottung von „Nationalsozialismus und Militarismus“ nur notdürftig zusammengehalten wurden⁴; auch die Konferenz von Jalta ergab kaum mehr als eine Bestätigung der unbefriedigenden EAC-Resultate. Zwar herrschte Einigkeit darüber, daß das besiegte Deutschland, anders als nach 1918, einer strengen gemeinsamen Kontrolle unterworfen und daß eine Neuordnung seiner politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte angestrebt werden müsse. Wie aber diese Neuordnung aussehen und verwirklicht werden sollte, blieb zunächst völlig offen. Da

⁴ Vgl. Hans-Günter Kowalski, Die ‚European Advisory Commission‘ als Instrument alliierter Deutschlandplanung 1943–1945, in: VfZG 19 (1971), S. 261 ff.

zugleich noch während des Krieges sichtbar wurde, daß erhebliche politische Differenzen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion bestanden, war also schon im Frühsommer 1945 damit zu rechnen, daß die effektive Macht im besetzten Deutschland weniger von dem auf Einstimmigkeit angewiesenen Alliierten Kontrollrat in Berlin als vielmehr von den Militärregierungsapparaten in den einzelnen Zonen ausgeübt werden würde⁵.

Die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz wiesen in die gleiche Richtung. Wohl sind die Ergebnisse von Jalta nicht einfach bestätigt, sondern in mehreren Punkten auch konkretisiert worden. Jedoch kam es nicht zu einer genauen und gemeinsamen Inhaltsbestimmung solcher Formeln wie „Entnazifizierung“, „Dezentralisierung der Wirtschaft“, „Demilitarisierung“ oder gar „Demokratisierung“, und ohne eine derartige Inhaltsbestimmung war keine einheitliche Besatzungspolitik zu erwarten⁶. Viele Konferenzbeobachter sahen bereits, daß vielleicht noch in den negativen Zielen eine grundsätzlich gemeinsame Politik der Alliierten zu erreichen sein werde, daß aber der Begriff „Demokratisierung“, also der für die Zukunft Nachkriegsdeutschlands entscheidende Begriff, von den Besatzungsmächten unterschiedlich verstanden und angewandt werden würde, je nach dem eigenen Demokratieverständnis und nach der davon abhängigen Deutung des deutschen Faschismus und seiner Ursachen.

Aus dem Ergebnis der Potsdamer Konferenz mußte mithin für jedermann folgen, daß sich das Deutschland *nach* Potsdam in vieler Hinsicht von dem Deutschland *vor* Potsdam unterscheiden würde. Gleichzeitig zeichnete sich jedoch schon eine Entwicklung ab, die zur weitgehenden Eigenständigkeit und unterschiedlichen Strukturierung der einzelnen Besatzungszonen führen mußte und damit die deutsche Einheit gefährden konnte.

In den folgenden Monaten und Jahren ist diese Entwicklung in der Tat eingetreten. Andererseits blieb das Potsdamer Abkommen auf lange Zeit der stets zitierte Bezugspunkt und Rahmen aller Maßnahmen, die von den Besatzungsmächten in ihren Zonen getroffen und verantwortet wurden: das gilt für die tiefgreifenden Reformen in der sowjetischen Zone ebenso wie für die Reformansätze der Briten und Amerikaner oder deren pragmatische Politik bis hin zur Schaffung des „Verinigten Wirtschaftsgebiets“ am 1. 1. 1947. Gerade die Bildung des VWG wurde ausdrücklich als Versuch bezeichnet, die wirtschaftlichen und administrativen Grundsätze des Potsdamer Abkommens auf begrenztem Gebiet zu realisieren und so wenigstens in einem Teil Deutschlands eine wirksamere Bekämpfung der Wirtschaftskrise zu ermöglichen. Jedoch wurde, trotz aller verbalen Bekenntnisse zu den Potsdamer Prinzipien, spätestens mit dem Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz im März/April 1947 deutlich, daß auch bei einer Beschränkung der alliierten Politik auf das Ziel wirtschaftlicher Gesundung wirtschaftliche Entschei-

⁵ Grundlegend zur alliierten Deutschlandpolitik Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, Neuwied 1966.

⁶ Grundlegend zur Potsdamer Konferenz Ernst Deuerlein, Deklamation oder Ersatzfrieden? Die Konferenz von Potsdam 1945, Stuttgart 1970.

dungen zwangsläufig politische Folgen haben mußten. So erwies sich die Gründung der „Bizone“ als entscheidender Schritt auf dem Wege zu einem deutschen Weststaat; sie erzwang wieder und wieder Entscheidungen, die zwar stets als provisorisch charakterisiert wurden, aber doch politischer und präjudizierender Natur waren und – gewollt oder ungewollt – den Rahmen für die künftige Wirtschafts- und Sozialstruktur eines westdeutschen Staates schufen⁷.

Auch zwischen Amerikanern und Briten gab es Meinungsverschiedenheiten über den deutschen Verwaltungsaufbau und über Planung wie Praxis der Strukturpolitik in den Westzonen. Aber die weitgehende finanzielle Abhängigkeit der Briten von ihrem Partner zog dem Handlungsspielraum der britischen Politik relativ enge Grenzen. Daher vermochte General Clay, der stellvertretende amerikanische Militärgouverneur, schließlich seine Auffassung durchzusetzen, die Alliierten sollten vor Gründung des Weststaates auf tiefere Eingriffe in die bestehende Wirtschafts- und Sozialstruktur verzichten, um den Prozeß der wirtschaftlichen Gesundung nicht zu beeinträchtigen und um den Entscheidungen einer künftigen deutschen Regierung nicht vorzugreifen⁸.

Zwar blieben Dekartellisierung und Entnazifizierung Programmpunkte amerikanischer Deutschlandpolitik, jedoch bestimmten den Kurs der Militärregierung schon früh die Repräsentanten jener Kräfte der amerikanischen Gesellschaft, die tiefere Eingriffe in die deutschen Verhältnisse für überflüssig hielten, weil sie keinen Zusammenhang zwischen Nationalsozialismus und der deutschen Sozial- und Eigentumsstruktur zu erkennen vermochten. So waren die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit und die politische Liberalisierung von einer bloßen Rekonstruktion der materiellen Lebens- und Produktionsverhältnisse begleitet und führten schließlich zur Stabilisierung einer zunächst gefährdeten und ja auch von den meisten Deutschen für überlebt gehaltenen Gesellschaftsordnung⁹. Eine wesentliche Konsequenz der amerikanischen Politik bestand natürlich darin, daß in der deutschen Gesellschaft den an sich geringen politischen Spielraum vornehmlich Gruppen nützen konnten, die an der Bewahrung und Stärkung der tradierten Ordnung besonders interessiert waren und sich dem Konzept der westlichen Besatzungsmächte am leichtesten anzupassen verstanden. Daß diese Gruppen die Mehrheit der Bevölkerung bald hinter sich brachten, lag in erster Linie wohl daran, daß die von den Amerikanern vorgezeichnete Politik rascheren wirtschaftlichen Erfolg verhiess – und dann auch tatsächlich bescherte – als das von den Amerikanern abgelehnte Wagnis, den Verfechtern neuer Gedanken und Strukturvorstellungen die Möglichkeit zum Leistungsnachweis zu geben.

⁷ Zur Gründung der Bizone und den davon ausgehenden Entwicklungen insbesondere Tilman Pünder, *Das bizonale Interregnum*, Köln 1966; ferner Ilse Girndt, *Zentralismus in der britischen Zone*, Bonn 1971, S. 130 ff., Hartwich, S. 66 ff., und Schwarz, S. 120 ff., S. 273 ff.

⁸ Hartwich, S. 68, bezeichnet das sehr zutreffend als eine „Politik der Präjudizierung durch Verbot aller Präjudizierungen“.

⁹ Lutz Niethammer, *Zum Verhältnis von Reform und Rekonstruktion in der US-Zone am Beispiel der Neuordnung des öffentlichen Dienstes*, in: VfZG 21 (1973), S. 177 ff.

Die Bodenreform als Beitrag zur Potsdamer „Demokratisierungspolitik“

Immerhin schienen die Alliierten das Potsdamer Demokratisierungsgebot zunächst einhellig als Anweisung zu einer Bodenreform in allen Besatzungszonen zu verstehen. Jedoch handelte es sich lediglich um einen formalen Konsens. Die Durchführung ließ erkennen, daß die Besatzungsmächte auch in diesem Falle von sehr unterschiedlichen ideologischen Positionen ausgingen.

Im Potsdamer Abkommen selbst war die Forderung, den Großgrundbesitz zu zerlegen, nicht ausgesprochen worden. Indes konnte diese Forderung ohne weiteres aus den allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Grundsätzen der Vereinbarung abgeleitet werden. Nachdem die Sowjets mit deutscher Hilfe bereits im August und September 1945 entsprechende Maßnahmen in Angriff genommen hatten, wurde die Bodenreform im Herbst 1945 auch im Kontrollrat diskutiert, wobei die Vertreter der Westmächte die sowjetischen Methoden kritisierten, während die Sowjets den westlichen Alliierten ihre Passivität vorhielten. Daraufhin legte die amerikanische Militärregierung am 29. Oktober 1945 einen Gesetzentwurf vor, der den Grundbesitz auf maximal 100 ha beschränken wollte und als Beitrag zur „Demilitarisierung und zur endgültigen Ausschaltung des Einflusses der Junker und nazistischen Großgrundbesitzer auf Staatsangelegenheiten“ vorgestellt wurde¹⁰. Nach wie vor unterschieden sich aber die amerikanischen Vorstellungen erheblich von den Grundsätzen, nach denen die Reform in der SBZ praktisch schon durchgeführt worden war, und so gelangte der Kontrollrat auch jetzt zu keiner einheitlichen Regelung. Im November 1946 verabschiedete der Ernährungs- und Landwirtschaftsausschuß des Kontrollrats, auf sowjetischen Antrag, wenigstens eine Empfehlung, in allen vier Zonen bis Ende des Jahres eine „demokratische“ Bodenreform durchzuführen, und die Außenminister der vier Mächte stimmten der Empfehlung im April 1947 in Moskau auch zu. Da sich die Außenminister aber weder über das Ausmaß noch über die Details der Reform zu verständigen vermochten, blieb es bei einem formalen Auftrag, und wenngleich die drei westlichen Militärregierungen den Auftrag bis Ende 1947 erfüllten, indem sie Gesetze zur Einleitung einer Bodenreform beschlossen, handelten sie doch mit wesentlich anderer Zielsetzung als die Sowjets und deren deutsche Gehilfen: untereinander divergierend, wiesen die drei westzonalen Gesetze das gemeinsame Merkmal auf, im Gegensatz zur SBZ-Reform keine „Agrarrevolution“ bewirken zu sollen.

Die Sowjetische Besatzungszone

Die Sowjets hingegen hatten in ihrer Zone bereits unmittelbar nach dem Abschluß der militärischen Besetzung Maßnahmen getroffen, die eine „Demokratisierung“ in sowjetischer Interpretation des Begriffs bewirken sollten. Kaum hatten Verwaltungsorgane und Versorgungs- wie Wirtschaftseinrichtungen wieder zu arbeiten begonnen, ordneten die sowjetischen Behörden die Neugründung von Parteien und Gewerkschaften an. Noch während der Potsdamer Konferenz wurde außerdem ein

¹⁰ Die Bodenreform im Spiegel der Presse, Hannover 1947, S. 43 ff. und Theodor Häbich, Das Recht der Landlosen in der US-Zone, Frankfurt 1947, S. 8.

Prozeß eingeleitet, der mit einer umfassenden Bodenreform, mit der Enteignung des industriellen Großbesitzes und mit einer tiefgreifenden Entnazifizierung schon 1946/47 das Ende der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung brachte. In der SBZ war also die Wirtschafts- und Sozialstruktur in der Tat revolutionär umgestaltet worden. Daß gerade die Bodenreform in sowjetischen Augen als Kernpunkt einer „Demokratisierungspolitik“ galt, ergab sich aus der ideologisch-politischen Einschätzung der preußischen Großgrundbesitzer; die Junker seien, so wurde gesagt, „stets Inspiratoren der deutschen Aggression“ gewesen und hätten „die gefährlichsten deutschen Militaristenkader“ gestellt¹¹.

Nun hatte der landwirtschaftliche Großbesitz in der SBZ tatsächlich eine erhebliche wirtschaftliche und politische Rolle gespielt: die Betriebe über 100 ha hatten 45,4% der Gesamtfläche bzw. 29,8% der landwirtschaftlichen Nutzfläche eingenommen, aber nur 1,5% aller vorhandenen Betriebe ausgemacht¹². Die Zerschlagung einer solchen Machtbasis war in Moskau schon während des Krieges geplant worden, und so hatten die deutschen KP-Emigranten, die mit den sowjetischen Truppen nach Deutschland zurückkehrten, in dieser Frage bereits ein ausgearbeitetes Konzept mitgebracht¹³. Seit Ende August 1945 suchten die deutschen Kommunisten ihr Konzept mit der Parole „Junkerland in Bauernhand“ in einer breit angelegten Popularisierungskampagne durchzusetzen und zugleich den Anschein zu erwecken, hier handle es sich um eine Reform, die von der Masse der landlosen und landarmen Bauern initiiert und getragen werde¹⁴, an denen nun ein jahrhundertaltes Unrecht wiedergutzumachen sei. Doch konnte auch eine große Versammlungswelle auf dem Lande nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Bodenreformverordnungen, die zwischen dem 2. und 12. September 1945 in den fünf Ländern der SBZ verkündet wurden¹⁵, „unter dem Schutz der Sowjetarmee“¹⁶ zustandegekommen waren und auch weitgehend „von oben“ durchgeführt werden würden. Die Verordnungen selbst verfügten die entschädigungslose Enteignung allen Grundbesitzes über 100 ha und die vollständige Enteignung aller „Kriegsverbrecher und Naziaktivisten“. Der enteignete Boden sollte in einem Bodenfonds zusammengefaßt und dann durch kommunale Bodenkommissionen – überwiegend aus Landarbeitern, Umsiedlern und Kleinbauern bestehend – unter dem in den Kommissionen repräsentierten Personenkreis aufgeteilt werden. Besatzungsmacht und KPD verfolgten dabei das Ziel, ihrer Politik eine breite Basis in der Bevölkerung zu sichern. So wollten sie möglichst viele neue Kleineigentümer schaffen und den mittleren Besitz wie den kirchlichen Grundbesitz unangetastet lassen. Pläne,

¹¹ Molotow auf der Moskauer Außenministerkonferenz am 14. 4. 1947, zitiert nach Hermann Volle, Die Moskauer Außenministerkonferenz 1947, in: Europa-Archiv 2 (1947), S. 671 ff.

¹² Heinrich Reuber/Bruno Skibbe, Die Bodenreform in Deutschland in Zahlen und Dokumenten, Berlin 1947, S. 12 (Tabelle 5).

¹³ Wolfgang Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1955, S. 417 ff.

¹⁴ Wilhelm Pieck/Edwin Hoernle, Demokratische Bodenreform, Berlin 1945; dies., Bodenreform – Junkerland in Bauernhand, Dresden 1945.

¹⁵ Texte der praktisch gleichlautenden Verordnungen bei Reuber/Skibbe, S. 47 ff.

¹⁶ Walter Ulbricht, Die demokratische Bodenreform – ein ruhmreiches Blatt in der deutschen Geschichte, in: Einheit 10 (1955), S. 849 ff.

sofort eine sozialistische Ordnung der Landwirtschaft einzuführen, wurden gegen Kritik aus den eigenen Reihen vorerst verworfen¹⁷. Die Landbevölkerung schien den maßgeblichen Führern der KPD für genossenschaftliche Eigentums- und Wirtschaftsformen noch nicht reif zu sein; auch hielten sie es nicht für ausgeschlossen, daß die weitere Existenz großer Güter selbst bei kollektiver Bewirtschaftung nur eine „Zwischenlösung“ darstellen und eine spätere Rückkehr der jetzt enteigneten Besitzer zulassen könnte.

Die anderen Parteien der SBZ, sowohl SPD wie auch LDPD und CDU, traten grundsätzlich ebenfalls für eine Bodenreform ein. Die Kritik der bürgerlichen Parteien an den Maßnahmen der Sowjets und der KPD richtete sich – im Vorbereitungsstadium – lediglich aus ernährungspolitischen Gründen gegen den Zeitpunkt der Reform und aus rechtlichen Gründen gegen die Entschädigungslosigkeit der Enteignung; es ist bezeichnend, daß in Detailfragen, etwa hinsichtlich der Größe der Neubauernstellen, rasch Kompromisse mit den Linken gefunden werden konnten. Vor der Veröffentlichung der Verordnungen vermochte man sich innerhalb der „Einheitsfront“ ferner darauf zu einigen, daß zunächst nur die entschädigungslose Enteignung von Kriegsverbrechern und Naziaktivisten festgelegt, im übrigen das Entschädigungsproblem durch die Provinzialverwaltungen behandelt werden sollte. So stimmten die beiden bürgerlichen Parteien der Bodenreform zu, sicher auch in der Hoffnung auf eine baldige reichseinheitliche Regelung durch den Kontrollrat¹⁸.

Die Ausklammerung der Entschädigungsfrage bedeutete freilich nur ein verbales Zugeständnis an die Bürgerlichen. Die KPD dachte zu keinem Zeitpunkt an eine Entschädigung, die sie „mit der Aufhebung des Erfolges der Bodenreform und mit der Schaffung einer neuen Gefahr für die Demokratie“ gleichsetzte¹⁹. Obwohl die Bodenreform im eigentlichen Sinne, d. h. die Landaufteilung, lediglich auf den Widerstand einzelner Großgrundbesitzer und einiger Sympathisanten in der Bürokratie stieß²⁰, konnte es also nicht ausbleiben, daß die CDU-Führung die Art der Durchführung bald sehr scharf zu kritisieren begann. Nach einem vergeblichen Appell an den Kontrollrat weigerten sich schließlich ihre Vorsitzenden Hermes und Schreiber, den am 8. Dezember 1945 von der Einheitsfront veröffentlichten Aufruf „Helft den Neubauern!“ zu unterzeichnen, um die als verfehlt angesehenen Maßnahmen nicht noch nachträglich zu sanktionieren und um nicht künftige Schritte ähnlicher Art mitverantworten zu müssen. Daraufhin wurden Hermes und Schreiber durch sowjetischen Druck am 15. Dezember 1945 zum Rücktritt von ihren Ämtern gezwungen²¹.

¹⁷ Vgl. Stefan Doernberg, Die Geburt eines neuen Deutschland 1945–1949. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung und die Entstehung der DDR, Berlin 1959, S. 185 ff.

¹⁸ Zur Haltung der bürgerlichen Parteien in der SBZ vgl. Peter Hermes, Die CDU und die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1945, Saarbrücken 1963.

¹⁹ Ulbricht, S. 857.

²⁰ Doernberg, S. 185 ff.

²¹ Gegen Hermes' Darstellung (S. 59 ff.) dieser Vorgänge macht Werner Conze, Jakob Kaiser, Stuttgart 1969, Bd. III, S. 48 f., Einwände geltend.

Die Aufteilung des von der Reform erfaßten Bodens dürfte erst Ende 1947 abgeschlossen gewesen sein, aber eine revolutionäre Umwälzung der agrarischen Besitzverhältnisse, die schwerlich rückgängig gemacht werden konnte, war also schon im Dezember 1945 durchgesetzt worden. Insgesamt waren 3,3 Mill. ha, d. h. 31 % der Gesamt- und 35 % der Nutzfläche, in den Bodenfonds eingebracht und davon 2,2 Mill. ha an fast 560 000 Bewerber, überwiegend Landarbeiter, Kleinbauern, Umsiedler und Industriearbeiter, verteilt worden. Die Veränderungen innerhalb der einzelnen Größenklassen zeigen den Strukturwandel wohl noch deutlicher: die Kleinbetriebe unter 10 ha erhöhten ihren Anteil von 19,6 auf 42 % und die Betriebe mit 10 bis 20 ha von 21,2 auf 27,3 %; zu einem geringeren Teil ging die Verschiebung auf Kosten des Besitzes zwischen 20 und 100 ha, vor allem aber zu Lasten der Güter mit mehr als 100 ha, deren Anteil von 28,4 auf 3,6 % der LNF schrumpfte²².

Die Landwirtschaft der SBZ wies nun, entgegen den Forderungen marxistischer Orthodoxie, eine klein- und mittelbäuerliche Struktur auf (die Durchschnittsgröße der Neubauernstellen lag zwischen 7 und 9 ha), und die landwirtschaftlich tätige Bevölkerung hatte zugenommen (die Zahl der Betriebe war um 33 % gestiegen). Zugleich ging die landwirtschaftliche Erzeugung in der SBZ zurück (gegenüber 1938 um 35,5 %), und die ohnehin bestehenden Versorgungsschwierigkeiten wurden entsprechend größer.

Die Amerikanische Besatzungszone

In der offiziellen amerikanischen Deutschlandpolitik dominierte bis ungefähr Mitte 1946 eindeutig ein auf Entmachtung abzielendes restriktives Konzept, wie es seinen Niederschlag in den Papieren zur Potsdamer Konferenz und in der zunächst für die Besatzungspolitik maßgeblichen Direktive JCS 1067 gefunden hatte. Im Rahmen dieser Politik, die zum Teil noch auf die Pläne Morgenthau²³ zurückging, wurden Maßnahmen zur Beschränkung der deutschen Industrie, zur Dekartellisierung, zur Entnazifizierung und zur Bodenreform eingeleitet; auch der Industrieplan des Kontrollrats vom März 1946 war von ihr beeinflußt.

Nach Ansicht des Militärgouverneurs Clay war jedoch die Direktive zur Behandlung der „finanziellen und wirtschaftlichen Zustände, denen wir uns gegenübersehen“, wenig geeignet²⁴. So gingen die amerikanischen Besatzungsbehörden von Anfang an mehr pragmatisch vor; sie trafen durchaus Maßnahmen, mit denen sie ihre Zone allmählich zum „Funktionieren“ bringen wollten, während sie die nach Clays Meinung unrealistischen Weisungen ohne sonderlichen Nachdruck verfolgten oder einfach ignorierten.

²² Ulbricht, S. 849 ff. und Reuber/Skibbe, S. 18 ff. 79,4 % des enteigneten Bodens stammten aus dem Besitz über 100 ha.

²³ Zu Morgenthau's Absichten vgl. John M. Blum, *Deutschland – ein Ackerland*, Düsseldorf 1968. Die Direktive JCS 1067 ist abgedruckt in: *Germany 1947–1949. The Story in Documents*, Washington 1950, p. 22 ff.

²⁴ Lucius D. Clay, *Entscheidung in Deutschland*, Frankfurt/M. 1950, S. 33.

Bis zum Herbst 1946 setzten sich dann in den USA selbst jene politischen Kräfte durch, die eine rein restriktive Besatzungspolitik ablehnten, weil sie in der daraus resultierenden Verelendung der deutschen Bevölkerung eine Schädigung der künftigen politischen und wirtschaftlichen Interessen der Vereinigten Staaten in Europa erblickten. Zwar blieb die amerikanische Deutschlandpolitik weiterhin verbal an den Potsdamer Prinzipien orientiert, beschränkte sich jedoch, was das Demokratisierungsgebot anging, in der Praxis auf Schritte zur Wiederherstellung des Rechtsstaats, der Institutionen eines parlamentarischen Systems und jener Voraussetzungen, die in einer liberalen Wettbewerbswirtschaft die Garanten für einen baldigen wirtschaftlichen Aufschwung darzustellen schienen. Wollte man aber möglichst schnell eine kapitalistische Wirtschaftsordnung restaurieren und dann auch deren Überlegenheit demonstrieren, so nötigte das naturgemäß zum Verzicht auf eine weitergehende Veränderung der gegebenen wirtschaftlichen und sozialen Strukturen²⁵. In diesem Determinationsrahmen muß auch die amerikanische Haltung in der Bodenreformfrage gesehen werden.

Noch im Herbst 1945 wollten die Amerikaner den Sowjets, die ja in ihrer Zone entsprechende Umwälzungen bereits eingeleitet hatten, nicht allzu sehr nachstehen; auch dürften sie damals die Bedeutung des Großgrundbesitzes in der US-Zone noch überschätzt haben (tatsächlich 29,1 % der Betriebsfläche, aber nur 4,9 % der Nutzfläche)²⁶. So überreichten sie Ende Oktober 1945 dem gerade gegründeten süddeutschen Länderrat den gleichen Gesetzentwurf zur Stellungnahme, den sie, wie erwähnt, kurz zuvor dem Kontrollrat präsentiert hatten.

Die Beteiligung deutscher Politiker läßt aber erkennen, daß die Amerikaner schon nicht mehr an sofortige revolutionäre Eingriffe und auch nicht an allein von ihnen zu verantwortende Maßnahmen dachten. In der Tat dauerte es bis zum 13. August 1946, ehe – nach längeren Beratungen zwischen Amerikanern und süddeutschen Ländern – ein „Gesetz zur Beschaffung von Siedlungsland und zur Bodenreform“ (G. S. B.) im Länderrat verabschiedet wurde²⁷. Die Besatzungsmacht hat das Gesetz, mit dessen Durchführung die Länder beauftragt wurden, ohne daß es demokratisch legitimiert gewesen wäre, am 9. September 1947 auch zum zoneneinheitlichen Gesetz erklärt, um so dem Außenministerbeschluß vom April 1947 wenigstens formal zu genügen²⁸.

Der bemerkenswerteste Unterschied zwischen dem Entwurf von 1945 und dem Gesetz von 1946, das laut Clay „den amerikanischen Vorstellungen vom Besitzrecht“ entsprach²⁹, lag darin, daß das Gesetz auf eine Entmachtung des Großgrundbesitz-

²⁵ Zur US-Deutschlandpolitik vor allem die Arbeiten von John Gimbel; ferner Schwarz, S. 95 ff., und bezüglich der ökonomischen Aspekte Hartwich, S. 61 ff.

²⁶ Reuber/Skibbe, S. 13.

²⁷ Reg.Bl. f. Württemberg-Baden, 30.10.1946, S. 263. GVOBl. des Landes Hessen, 15.10.1946, S. 218. GVOBl. des Landes Bayern, 25.11.1946, S. 326. Zur Bodenreform in der US-Zone entsteht gegenwärtig eine Diss. auf der Grundlage der amerikanischen Akten. Ihr Verfasser, Herr Ulrich Enders, war so freundlich, mir einschlägiges OMGUS-Material zu überlassen.

²⁸ GVOBl. des Länderrates, 1947, Nr. 46, S. 218.

²⁹ Clay, S. 300 f.

zes verzichtete, also kein politisches Ziel mehr anvisierte. Damit folgten Clay und seine Berater den inzwischen selbst gewonnenen Einsichten, zugleich aber auch den Einsprüchen der mitwirkenden deutschen Politiker. Das Gesetz legte das Hauptgewicht auf soziale und wirtschaftliche Gesichtspunkte, d. h. die Ansiedlung von Flüchtlingen und Landarbeitern sowie die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion hatten Vorrang erhalten. So wurde der Großgrundbesitz keineswegs vollständig enteignet, sondern lediglich mit einer Abgabe von 10 bis 90 % der 100 ha übersteigenden Fläche belegt. Was das bedeutete, zeigt ein Vergleich: Nach dem G. S. B. hätten in der US-Zone rund 290 000 ha abgegeben werden müssen, bei Anwendung der SBZ-Kriterien hingegen fast 1 Mill. ha.

Jedoch erschien den verantwortlichen deutschen Politikern selbst dieser Eingriff als zu radikal. Es folgten mehrere Durchführungsgesetze, nach denen sich die Gesamt- abgabe nur noch auf rund 115 000 ha belaufen hätte. In Wirklichkeit sorgten aber die chronische Finanzschwäche der Länder und „ein gut organisierter Widerstand der Großgrundbesitzer“³⁰ dafür, daß von dem errechneten Abgabesoll bis zum 1. Oktober 1947 ganze 24 701 ha tatsächlich zur Verfügung gestellt wurden³¹.

Sogar die nicht mehr sonderlich reformfreudigen Besatzungspolitiker verfolgten diese Entwicklung mit Unbehagen. So erließen sie im November 1947 das zonen- einheitliche „Gesetz zur beschleunigten Durchführung der Bodenreform“, mit dem sie, nach der Trennung von Bodenreform und Siedlung, endlich eine praktische Siedlungsarbeit zu ermöglichen hofften³². Jedoch ließen sich die Regierungen und Bürokratien der Länder auch von dieser Neuregelung nicht zu rascherem und ener- gischerem Handeln veranlassen. Politische Rücksichten, ein beschwerlicher In- stanzenweg und die allgemeine Erwartung, daß die künftige Bundesregierung die Materie zentral regeln werde, hielten die Siedlung auf Bodenreformland nach wie vor in bescheidenem Rahmen.

Die Französische Besatzungszone

Frankreich hielt zäher und länger als die anderen westlichen Besatzungsmächte an einer vornehmlich destruktiven Deutschlandpolitik fest. Im Kontrollrat blockierte das französische Veto die vorgesehene Errichtung deutscher Zentralverwaltungen, und in der französischen Besatzungszone wurde die Aktivität der deutschen poli- tischen Kräfte so lange wie irgend möglich beschränkt³³. Auf der Moskauer Kon-

³⁰ Clay, S. 301.

³¹ Zahlen nach einer VELF-Erhebung: Meldungen der Länder über die Landbeschaffung nach dem „Gesetz zur Landbeschaffung für Siedlung und zur Bodenreform“ (Stichtag 1. 10. 1947, US-Zone) vom 21. 10. 1947; BA, ZA, B 116/1170, BMELF Az. 4703, Bd. 1, und Reuber/ Skibbe, S. 41.

³² Bayerisches Gesetz Nr. 92 v. 28. 11. 1947 (GVObI. S. 215), Württemberg-Badisches Gesetz Nr. 908 v. 26. 11. 1947 (RegBl. S. 171), Hessisches Gesetz v. 28. 11. 1947 (GVObI. S. 107). Im Juli 1949 erging ein Entschädigungsgesetz, das eine Abfindung auf der Grundlage des Einheitswertes vorsah.

³³ Zur französischen Deutschlandpolitik fehlen noch immer grundlegende Untersuchungen, die Grundzüge bei Thilo Vogelsang, *Das geteilte Deutschland*, München 1973, S. 25 f. und S. 52 ff., Schwarz, S. 179 ff. sowie F. Roy Willis, *The French in Germany 1945–1949*, Stan- ford 1962.

ferenz hatte Außenminister Bidault im Frühjahr 1947 zwar Dekartellisierung und Agrarreform als „Grundelemente der Demokratie“ bezeichnet, jedoch sahen sich die französischen Besatzungsbehörden nicht zu einschneidenderen Maßnahmen auf beiden Feldern veranlaßt, zumal der Großgrundbesitz in der französischen Zone keine große Rolle spielte (36 % der Bodenfläche, aber – mit Wald – nur 4,1 % der Nutzfläche)³⁴. Immerhin entsprach auch die französische Militärregierung am 18. Oktober 1947 dem Moskauer Beschluß und regte mit einer Verordnung zur Bodenreform eine Ausführungsgesetzgebung durch die Länderparlamente an³⁵.

Die französische Verordnung verzichtete auf eine spezielle politische Begründung, wurde aber als Schritt zu einer gerechteren Verteilung des landwirtschaftlichen Grundeigentums dargestellt, die wiederum die Lösung des Flüchtlingsproblems erleichtern und zur Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung beitragen sollte. Indes erstreckte sich die Verordnung auf lediglich 80 Betriebe mit rund 27 000 ha. Außerdem blieb es den Länderregierungen überlassen, Besitz mit mehr als 150 ha zu enteignen oder prozentual heranzuziehen, und die von der CDU geleiteten Regierungen gingen an die Frage nur mit großem Widerstreben heran, was immer wieder heftige Auseinandersetzungen mit der oppositionellen SPD heraufbeschwor³⁶. Unter solchen Umständen konnte es nicht verwundern, daß es – bei einem maximalen Landanfall von 40 000 ha – kaum zu Enteignungen kam; dementsprechend hielt sich die Siedlungstätigkeit in sehr bescheidenen Grenzen.

³⁴ Reuber/Skibbe, S. 13.

³⁵ Militärregierungsverordnung Nr. 116 vom 18. 10. 1947, in: Journal officiel No. 115 v. 21. 10. 1947, S. 1163 f. Landesgesetze: Badisches Landesgesetz v. 27. 2. 1948 (GVOBl. 1948, S. 165), Landesgesetz von Rheinland-Pfalz v. 16. 10. 1948 (GVOBl. 1948, S. 385); Württemberg-Hohenzollernsches Gesetz v. 6. 8. 1948 (RegBl. S. 151).

³⁶ Vgl. die Berichte auf der Sitzung des SPD-ApA am 10. 7. 1948 in Offenbach (AsD, Akten des SPD-Bezirks Braunschweig, ApA).